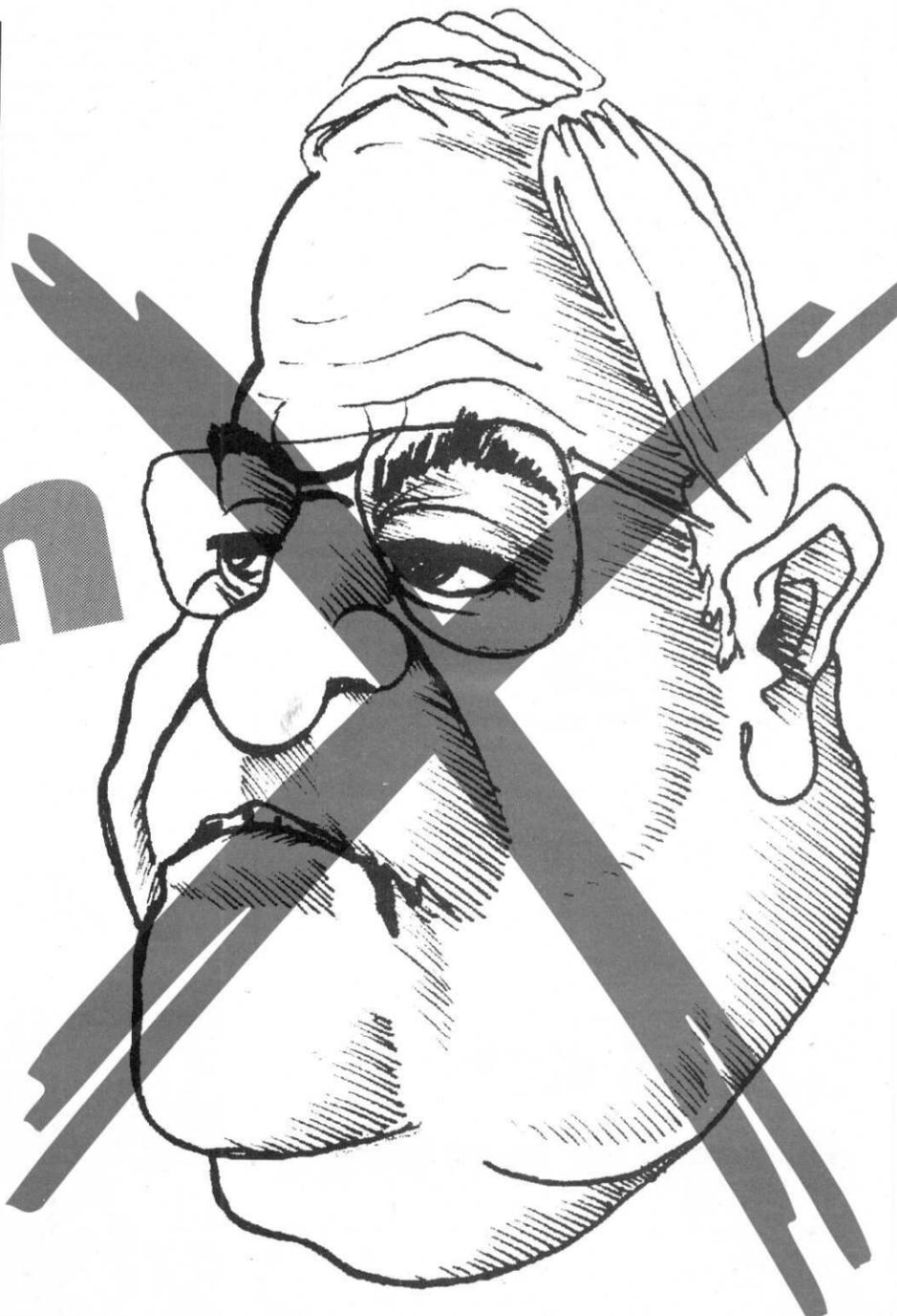


HAU endlich AB!



12 Jahre zuviel! Gewinner und Verlierer:

Arbeitnehmer:

Der Anteil von lohnabhängig Beschäftigten am Volkseinkommen ist seit 1980 von 71,6 auf 66,8 Prozent gesunken. Spätestens seit 1991 haben auch die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft Reallohnverluste hinnehmen müssen.

Seit 1990 sind die Verbrauchssteuern, die hauptsächlich die Lohnabhängigen betreffen, um 116 Milliarden erhöht worden.

Allein 1993 hat die Arbeitsproduktivität um 3,9 Prozent zugenommen. Von diesem Zuwachs haben die ArbeiterInnen nichts. Heute wird von weniger Menschen mehr produziert, Menschen werden durch Überstunden und Streß krank. Arbeitslose sind durch Kürzungen und Einschränkungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und -hilfe bestraft worden.

Durch die Erleichterung befristeter Arbeitsverträge, die Ausdehnung der Leiharbeit und die Förderung von schlecht bezahlter Teilzeitarbeit, von

Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit ermöglicht den Unternehmern, die Arbeitnehmer flexibel einzusetzen.

Durch die Änderung des Paragraphen 116 AFG ist die Streikfähigkeit der Gewerkschaften eingeschränkt worden.

Unternehmer:

Ihre Kassen sind durch die Steuerpolitik der Regierung seit 1982 um 170 Milliarden DM entlastet worden. Zwischen 1980 und 1992 sind die Unternehmensgewinne von 260 auf 566 Milliarden DM gestiegen.

Deutsche Privathaushalte hatten bis Ende 1993 rund zehn Billionen Vermögen angesammelt. Die oberen 10 Prozent der Bevölkerung verfügen über 50 Prozent des Geldvermögens, die unteren 50 Prozent über 3 Prozent. In der BRD gibt es 110 000 Millionäre und 85 Milliarden.

Nach Schätzungen der Deutschen Bank haben die Konzerne rund 700 Milliarden auf der hohen Kante, die nicht investiert werden. Der Anteil der

Unternehmer am Volkseinkommen ist seit 1980 von 24,2 auf 28,2 Prozent gestiegen.

Frauen:

Zwei Drittel aller 1,2 Millionen Arbeitslosen in der Ex-DDR sind Frauen, seit 1989 wurden dort 1,8 Millionen Frauenarbeitsplätze vernichtet, viele tauchen nicht mehr in der Statistik auf, weil sie im Sinne der CDU-Ideologie als „Hausfrauen“ zurück an den Herd gedrängt worden sind. 90 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten unterhalb der Sozialversicherungsgrenze sind Frauen, das Einkommensniveau von Frauen beträgt lediglich 75 Prozent, verglichen mit dem männlichen.

Während sich die Kohl-Regierung als „Hüter der Familie“ aufspielt, werden junge Frauen durch 600 000 fehlende Plätze in Kindertagesstätten gezwungen, zuhause zu bleiben und von Sozialhilfe zu leben.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1993 entschieden, daß Frauen nicht

selbst über ihren Körper verfügen dürfen. Doch trotz der grundsätzlichen Rechtswidrigkeit von Abtreibungen haben selbst diese alten Männer erkannt, daß sie Abtreibungen nicht verhindern können. Die CDU versucht jetzt, den Paragraph 218 weiter zu verschärfen und den Weg zu einer Abtreibung noch entwürdigender und schwieriger zu machen.

Jugendliche:

Im Osten fehlen dieses Jahr 60 000 Ausbildungsplätze. Im Westen gibt es zwar rechnerisch genug, doch die Qualität sinkt. Nach der Ausbildung wurden 1993 75 000 junge ArbeitnehmerInnen nicht übernommen. In der Metall-Industrie West betraf dies 65 Prozent der Ausgelernten.

Die Universitäten werden dank Bildungs„reformen“ und Kürzungen gegen Kinder aus arbeitenden Familien abgeschottet.

Fortsetzung Seite 2

Linksfront - aber richtig

Eine „Linksfront“ aus SPD und PDS gibt es bisher nur auf den Plakaten der CDU/CSU. Die SPD sperrt sich gegen jegliche Zusammenarbeit mit der PDS.

Wir meinen jedoch: Wenn eine Mehrheit links von der Kohl-Regierung zustandekommt – trotz allen Umfallern der SPD, trotz aller Anbiederung von Scharping nach rechts –, wäre es idiotisch, diese nicht zu nutzen und die Regierung der Reichen vier weitere Jahre an der Macht zu lassen.

Wir fordern, daß die SPD eine linke Mehrheit zusammen mit PDS und Bündnis 90/Grüne im Bundestag nutzt, Kohl abzusagen. Wir fordern eine Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern.

Fortsetzung Seite 2

unser standpunkt

Wer Kohl wählt, den bestraft das Leben

Die Kohl-Regierung tut, was sie sagt, hält ihre Versprechen. Nur gibt sie diese nicht auf Wahlplakaten ab, sondern in Programmen und Strategiepapieren, setzt darauf, daß diese sowieso keiner liest. Vier weitere Jahre CDU-Regierung wären vier weitere Jahre Umverteilung auf die Konten der ohnehin schon Reichen, Jahre des sozialen Kahlschlags, bei denen noch mehr Menschen in die Armut gedrängt würden.

Die CDU hat angekündigt, daß sie die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzen will. Damit würden neben den Härten für die Betroffenen zusätzlich vier Milliarden auf die Kommunen abgewälzt, Kürzungen sozialer Leistungen wären die Folge.

Die Unternehmenssteuer soll weiter gesenkt werden, jährlich wären das 30 Milliarden DM Mindereinnahmen für den Staat. Der Bundeshaushalt ist schon jetzt ein Phantasiegebilde. Verringerte Einnahmen würden bedeuten, daß die Regierung sich das Geld durch offene oder versteckte Erhöhung der Verbrauchssteuern wiederum bei den ArbeitnehmerInnen holen wird.

Doch Kohls Wiederwahl würde nicht einfach ein „Weiter so“ bedeuten. Die letzten Jahre der Rechtschwende waren für Durchschnittsverdiener ein teurer Spaß. Doch mit einer erneuten CDU/FDP-Regierung würde der Tanz erst richtig losgehen.

Durch vier gewonnene Wahlen arrogant und maßlos geworden, würden Regierung und Unternehmer vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Haushaltskrise den Klassenkampf von oben mit bisher nicht gekannter Härte und Aggressivität führen.

Schon in den letzten Jahren sind demokratische Rechte ausgehöhlt worden. Immer wieder gab es Versuche, die Gewerkschaften auszuhebeln. Doch angesichts der Kampfkraft der ArbeitnehmerInnen und nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Wahlen sind Regierung und Kapital vor großen Konflikten zurückgeschreckt, sind Kompromisse zugestande gekommen.

Doch die Bestätigung der rechten Regierung würde Attacken gegen Gewerkschaftsrechte wie unter Thatcher und Reagan in Britannien und den USA bedeuten.

Das Marschtempo in eine Republik, in der ein Teil der Bevölkerung in die Armut gedrängt wird, in der der gesamte Arbeitsmarkt „dereguliert“ wird, würde erheblich beschleunigt. Kohls Wiederwahl wäre kein Freibrief für die Kapitalisten, denn die Gewerkschaften sind handlungsfähig, die Arbeitnehmer würden weitere Verschlechterungen nicht kampflos hinnehmen. Es würden sich Gelegenheiten bieten, die Pläne der Regierung zurückzuschlagen, sogar die Regierung zu stürzen.

Doch wozu sollten wir dieses Risiko eingehen, wenn die Sache schon jetzt erledigt werden kann? Die Pläne des Zentralkomitees der Unternehmer, auch Bundesregierung genannt, müssen am 16. Oktober durchkreuzt werden.

Spaß mit dem Kanzler

Herbstzeit ist Erntezeit. Birne muß gepflückt werden. So verhaßt, wie Kohl ist, zieht jeder Auftritt von Hunderten von GegendemonstrantInnen an.

Als Kohl am 2. September in Ludwigsburg bei Stuttgart auftrat, sorgten die 500 Demonstranten dafür, daß er minutenlang nicht zu Wort kam. JRE und SAV hatten sich gut vorbereitet. Wir empfingen Kohl mit roten Socken, die wir uns über den Kopf stülpten, mit Schildern und Plakaten – „Kohl in den Freizeitpark“ und „Stoppt die Rassistin in Schlipps und Krage“ –, mit Trillerpfeifen und Parolen.

Die VORAN mit der Rückseite „CDU abwählen“ ging weg wie warme Semmeln. Viele Passanten kauften eine Zeitung, um sie beim Auftritt von Kohl hochzuhalten.

Den CDU-Typen, darunter Alt-Nazi und CDU-Ehrenmit-

glied Filbinger, wurde gründlich die Schau gestohlen. Als die Bundestagsabgeordnete von einem Ei getroffen wurde, rief Kohl nach der Polizei. Darauf knüppelten uns die Freunde und Helfer vom Platz. Einige von uns wurden verletzt und mußten zum Teil ins Krankenhaus. Kohl rief dazu auf, für eine Mehrheit seiner Partei zu sorgen, damit „solche Leute abends nicht nach Hause gehen können, sondern vor Gericht stehen und erst nach einigen Monaten zurückkommen“.

Die SAV wird bei Kohls nächsten Kundgebungen noch einen Zahn zulegen: Wir werden Kohl die rote Karte zeigen – die Karten mit der Negativ-Bilanz der Regierung sind schon gedruckt – und eine Kohl-Puppe am Galgen aufknüpfen, so wie es die Stahlarbeiter im Arbeitskampf mit Möllemann machten.

Kanzlerfreunde Stuttgart

Stuttgarter SAV bestellt CSU-Plakate

Das Plakat zeigt ein Bild von Karl Marx mit der Unterschrift: „Ich komme wieder! Über Sachsen-Anhalt. Dank PDS & SPD.“, ohne Hinweis auf die CSU. Wir bedanken uns bei der CSU für ihre freundliche Werbung.



Fortsetzung von Seite 1

Linksfront – aber richtig

Als erste Maßnahmen einer solchen Politik fordern wir:

★ Rücknahme aller sozialen Kürzungen

★ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

★ Bekämpfung der Wohnungsnot durch Schaffung von einer Million bezahlbarer Wohnungen jährlich

Allein auf den guten Willen von Scharping, Fischer oder auch Gysi können wir dabei nicht vertrauen. Für unsere Interessen müssen wir selber kämpfen – mit Streiks, Demonstrationen und Druck von der Straße.

Aber die Abwahl Kohls und die Bildung einer Links-Regie-

rung wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Dem von der Sozialistischen Alternative VORAN gestarteten Appell „Linksfront – aber richtig“ haben sich bisher angeschlossen: Jungsozialisten in der SPD – Unterbezirke Kassel und Bremerhaven und Arbeitsgemeinschaften Aachen-Burtscheid, Stuttgart-West, Bornheim-Seckbach, Hanau-Großauheim.

Wer sich dem Appell anschließen will, wendet sich an: Appell Linksfront, c/o VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280

„Die wachsende Unterstützung für die PDS hat nichts mit ‚Populismus‘ oder ‚alten Seilschaften‘ zu tun. Die Leute hier haben ganz nüchtern gerechnet. Ergebnis: Lug und Betrug + Arbeitsplatzkahlschlag und steigenden Mieten = düstere Zukunftsaussichten. Ich kann das Gejammer der SPD und Grünen über die „böse PDS“ nicht mehr hören. Wenn die SPD es ernst meint mit „Arbeit, Arbeit, Arbeit“, soll sie nicht im selben Atemzug die PDS beschimpfen, weil sie „Arbeit für alle“ fordert.“

Die PDS muß wieder in den Bundestag. Nicht nur als Opposition, sondern auch um Druck von links auf die SPD zu machen. Damit diese nicht in Ruhe die heimliche große Koalition fortsetzen kann.“

Patrick, Schüler, Berlin-Marzahn

Fortsetzung von Seite 1: Bilanz der Kohl-Regierung

12 Jahre zuviel



Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit oder §218: Frauen sind besonders betroffen von Kohl's Angriffen

Durch faktische BAFÖG-Kürzungen und schärfere Studienbedingungen werden die Studierenden, die für ihren Unterhalt arbeiten müssen, von den Universitäten gedrängt.

Die horrenden Mieten tragen dazu bei, daß viele StudentInnen vollzeit arbeiten müssen und am höheren Prüfungsdruck scheitern.

Vor allem in Ostdeutschland sind die Perspektiven düster. Zu Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und sinkendem Lebensstandard kommt dort der Kahlschlag im Jugendfreizeitbereich, der schneller und massiver läuft als im Westen.

AusländerInnen:

AusländerInnen, vor allem Flüchtlinge, sind von der Kohl-Regierung zu Sündenböcken für die sozialen Probleme gemacht, die faschistischen Gewalttäter dadurch ermutigt worden.

Noch immer dürfen 5 Millionen Menschen, von denen die Hälfte seit über 15 Jahren hier

haushalte bei 63,3 Prozent des Westniveaus.

Die Eroberungspolitik der West-Unternehmer und -Politiker hat nicht nur eine wirtschaftliche Katastrophe zur Folge gehabt – alle Errungenschaften der DDR, von der Versorgung mit Kindergartenplätzen über Jugendfreizeitheime bis zum Re-

cycling-System ist weg, die Menschen im Osten von Kohl mit „blühendem Unsinn“ betrogen worden.

Nackte Zahlen, nackter Schrecken. Es gibt Millionen Gründe, diese Regierung loszuwerden. Wer Kohl wählt, den bestraft das Leben!

Haushaltsmärchen

Schon heute liegt die Staatsverschuldung bei 2 Millionen, jede fünfte Markt wird 1994 für Zinsen bezahlt, 1995 schon jede vierte. Die „soliden Finanzpolitiker“ von CDU und FDP haben die Staatsschulden seit 1991 verdoppelt und den Staat zugunsten der Reichen in die Pleite getrieben.

Claus Ludwig, Köln

Die Haushaltsplanung der CDU gleicht einem „Märchenbuch“, meint selbst Lügebaron Graf Lambsdorff. Damit nicht schon vor der Wahl deutlich wird, daß der Schuldenberg weitere Angriffe Kürzungen im sozialen Bereich nach sich ziehen wird, spielt Finanzminister Waigel mit gezinkten Karten.

Im Haushaltsentwurf fehlen einige Posten, Träume von Einsparungen werden als sicher verbucht. Lambsdorff zur geplanten Einsparung bei der Arbeitslosenhilfe: „Da kann er genauso gut einen Lotteriegewinn in den Haushalt aufnehmen.“

Die Privatisierung der Luftansa steht mit drei Milliarden Einnahmen im Haushalt. Nur „vergißt“ Waigel, daß rund die Hälfte davon für Pensionsverpflichtungen der Lufthansa aus-

gegeben werden muß.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, daß ab 1996 das Existenzminimum steuerfrei ist. Doch diese Einnahmeverluste von bis zu 50 Milliarden DM tauchen bisher nicht im Haushalt auf.

Nach den Plänen der CDU soll der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer auf 45 Prozent gesenkt, die betriebliche Vermögenssteuer und die Gewerbesteuer abgeschafft sowie die Gewerbeertragssteuer halbiert werden. Das wären zusätzliche jährliche Einnahmeverluste von 30 Milliarden.

Schon jetzt sagt die Koalition, daß sie die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe verkürzen und damit die Kosten noch stärker auf die Kommunen abwälzen will.

Der Mogel-Haushalt macht klar: Um den Schuldenberg nicht weiter wachsen zu lassen und die Steuererleichterungen für die Unternehmern zu finanzieren, würde eine CDU-Regierung noch weitgehendere und härtere Angriffe auf die Bevölkerung fahren.

Und bei diesen „Luftbuchungen“ wären dann nicht einmal die Renten sicher, trotz aller Blümchen Beteuerungen. ■



Bauarbeiter protestieren gegen die Streichung des Schlechtwettergeldes

Wahlen in Brandenburg und Sachsen

Zuwachs nur im linken Lager

„...aus der Doppelwahl in Sachsen und Brandenburg (läßt sich) kein absolut eindeutiges Signal für Bonn herauslesen.“, meinte infas in seiner Wahlanalyse.

Sascha Stanic, Angela Bankert, Köln

„Absolut eindeutig“ mag es nicht sein, aber ein Signal waren die Ergebnisse schon. Alle bürgerlichen Parteien haben durchweg Stimmen verloren, auch Biedenkopfs CDU in Sachsen, die zwar wegen der niedrigen Wahlbeteiligung prozentual hinzugewann, aber im Vergleich zur letzten Landtagswahl 200 000 Wähler weniger hatte.

Es war ein Pluspunkt für Biedenkopf, daß Kohl keinen Wahlkampf in Sachsen machte. Wegen der Rolle Biedenkopfs als innerparteilicher Gegner Kohls konnte in Sachsen gleichzeitig CDU und Anti-Kohl gewählt werden.

FDP wurde durchschaut

Die FDP erlitt einen totalen Zusammenbruch und flog damit zum sechsten Mal in Folge aus dem Parlament. Dies war kein „Ausrutscher“. Bei den Ostwählern sind Genscher-Bonus und Unklarheit über die Rolle der FDP als Unternehmerpartei verfolgt. Dennoch wird sie wahrscheinlich in den Bundestag einziehen, da die Herrschenden sie als Schlüssel zur Regierungsbildung brauchen und die bürgerlichen Medien entsprechend eingesetzt werden.

Die Bündnisgrünen sind verdrängtermaßen ins parlamentarische Aus geschickt worden. Ihr rückwärtsgerichtetes, teils reaktionäres Politikverständnis hat ihnen ebenso geschadet wie ihr unklare Rollenverständnis. Gleichzeitig in der Regierung mitmischen und Opposition sein wollen, funktioniert nicht.

Dennoch werden auch sie wohl in den Bundestag einziehen. Für beide – Bündnisgrüne wie FDP – gilt, daß sie im Westen auf ein Wählerklientel bauen können, das im Osten kaum vorhanden ist: Mittelständler und besserverdienende Alternativen.

ist, auch wenn sie in Brandenburg kein Direktmandat gewann. PDS-Vorsitzender Bisky, der in seinen Wahlkreis nur 128 Stimmen hinter der SPD lag, hat recht, wenn er sagt, die PDS könne bei den Bundestagswahlen noch einen draufsetzen.

denkopf eingestellt.

Möglichkeiten nicht ausgeschöpft

In Sachsen wie in Brandenburg wurde die PDS am stärksten von arbeitslosen Akademikern gewählt (40 Prozent). „Nicht die PDS ist Sammelbeken für alle Einheitsgeschädigten ..., vielmehr das große Lager der Nichtwähler.“ stellte infas fest. Die Nichtwähler waren mit 1,5 Millionen in Brandenburg und 850 000 in Sachsen die stärkste „Partei“.

Würden PDS und SPD klare sozialistische Politik und energische Interessenvertretung auch der am schlimmsten gebeutelten Einheitsopfer betreiben, wären nicht nur prozentuale absolute Mehrheiten wie in Brandenburg (74 Prozent für SPD/PDS) möglich, sondern auch absolute.

Dies sei auch der bayerischen SPD ins Stammbuch geschrieben, wo ein erneuter Wahlsieg der CSU droht, der das positive Signal von Brandenburg wieder zunichte machen könnte.

Nur das linke Lager hat prozentual wie absolut Stimmenzuwachs zu verzeichnen, die SPD in Brandenburg und die PDS in beiden Ländern. In Sachsen hat sich die SPD selbst überflüssig gemacht.

tive.

Nur das linke Lager hat prozentual wie absolut Stimmenzuwachs zu verzeichnen, die SPD in Brandenburg und die PDS in beiden Ländern. In Sachsen hat sich die SPD selbst überflüssig gemacht. Da sie sich kaum vom Biedenkopf-Kurs unterscheidet und Scharping sogar als Wahlhelfer Biedenkopfs auftrat, konnten die Wähler auch gleich das Original wählen.

Zuwachs für die PDS

Wer eine originale Opposition wollte, wählte PDS. Die Wahlen zeigen die besondere Lage in Ostdeutschland. Der Zuwachs der Linken und besonders der PDS sind Ausdruck eines Linksrucks. Biedenkopf und Stolpe sowie Regine Hildebrand gelten als engagiert für ostdeutsche Interessen gegenüber Bonn. Stolpes Stasi-Verstrickungen haben ihm mehr genutzt als geschadet, denn viele Ostdeutsche haben die Nase voll von der heuchlerischen Anti-DDR-Propaganda.

Die Zuwächse der PDS zeigen, daß mit ihr in Bonn zu rechnen

Schließlich war diesmal auch potentiellen PDS-Wählern klar, daß die Partei in die beiden Landtage einziehen und daß Stolpe und Biedenkopf das Rennen ohnehin machen würden, was nicht zum Urnengang motivierte. In Sachsen waren überdies selbst 60 Prozent der PDS-Wähler positiv gegenüber Bie-



Kohl's blühende Industrieruinen

Stimmung unter SPD-Anhängern

Kampfwille und Unzufriedenheit

Bei den Veranstaltungen der SPD fällt auf, wie verunsichert und kritisch die SPD-Mitglieder und -Anhänger sind. Natürlich möchte jeder, daß Kohl von einer SPD-geführten Regierung abgelöst wird. Aber viele sind skeptisch, ob das bei der derzeitigen Politik der SPD-Führung auch klappt.

Bei der SPD-Großveranstaltung am 4. September, als in

Dortmund rund 80 000 Anhänger zusammenkamen, gab es darüber einige Diskussionen am SAV-Infostand.

Unwillen über Scharping konnte man öfter hören. Aus diesem Grunde wurde auch das Schattenkabinett und besonders die Einbeziehung von Schröder und Lafontaine ins Spitzen-Trio positiv aufgenommen. Die Haltung, daß sich die SPD-Politik zu weit an die Konservativen angenähert hat und damit die

Wahlchancen verschlechtert, war weit verbreitet. „Warum soll der Wähler nicht gleich das Original wählen statt die Kopie?“ Einer sagte ratlos: „Ich habe seit über 20 Jahren immer SPD gewählt, aber jetzt weiß ich nicht mehr, was ich wählen soll.“ Der ganze Kurs „paßt mir nicht mehr“.

Zwei langjährige SPD-Mitglieder schimpften über die Karrieristen, die sich in der Partei ausbreiten. „In der Bundestagsfraktion sitzen Lehrer, Beamte, Rechtsanwältin, fast kein Arbeiter mehr. Und dann die hohen Gehälter. Die wissen doch gar nicht mehr, was in Arbeiterfamilien los ist.“

Das Versprechen, 250 DM Kindergeld zu zahlen, kam noch am besten an. „Das Plakat mit den drei Babys und dem Aufdruck 'Macht 750 DM' ist das einzig gute Plakat“, meinte ein Mitglied eines SPD-Ortsvereinsvorstands.

Zur Frage, wie man es mit der PDS halten soll, gab es gemisch-

te Reaktionen. Unter den SPD-Mitgliedern überwog eine ablehnende Haltung, bei den Anhängern bestand dagegen eine überraschende Offenheit. Wenn es nicht anders ginge, sollte ein linke Mehrheit auch unter Ein-schluß der PDS genutzt werden. Einer meinte sogar, er kenne „einige in meinem Ortsverein, die PDS wählen wollen, aber das nicht offen sagen.“ Fast alle erkannten an, daß die PDS im Osten eine wichtige Kraft sei.

Fazit: Der Wunsch Kohl loszuwerden ist groß. Aber die Unzufriedenheit ist enorm angewachsen, viele wählen SPD nur noch mit der Faust in der Tasche. Mit einer klaren Alternative und linken Politik könnten Mitglieder und Anhänger besser motiviert und mobilisiert werden.

Sollte es Kohl nach 12 Jahren Umverteilung zugunsten der Reichen noch mal schaffen, so liegt die Verantwortung dafür einzig und allein bei der SPD-Führung.

Bürgerschreck PDS?

In einem Punkt gibt es schon im Wahlkampf nicht nur eine große Koalition, sondern eine unheilige nationale Allianz aller Parteien von CSU über SPD bis Bündnisgrüne gegen die PDS.

Angela Bankert, Köln

Von „SED-Nachfolgepartei“ bis „linksgerichtete terroristische Vereinigung“ (CDU-Bürgermeister Karsten Loos) und „rotlackierte Faschisten“ (Helmut Kohl und Helmut Schmidt) reicht die nach oben offene Skala der Beschimpfungen. Auf ähnliche verbale Attacken gegen die Republikaner wartet man dagegen vergeblich.

Die PDS ist nicht der Wurmfortsatz der SED. Die SED hatte 2 Millionen Mitglieder, die PDS hat heute nur noch 131 000. Nach der Wende haben sich die Karrieristen und Wendehäule aus dem Staub gemacht, denn mit dem PDS-Parteibuch war für sie kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Anders die Wendehäule in den ehemaligen Blockparteien: deren Mitgliederbestand wurde von West-CDU und FDP aufgesogen, die Karrieren fortgesetzt.

Sie haben früher in Eintracht mit Honecker die stalinistische Diktatur verteidigt. Von 324 Abgeordneten der Ost-CDU waren bis zu den jetzigen Landtagswahlen in den ostdeutschen Landtagen 203 (62,7 Prozent) Blockflöten aus der DDR-CDU und -Bauernpartei. 10 von 14 Bundestags-Direktkandidaten der FDP Sachsen-Anhalts sind ehemalige Blockflöten, ebenso wie 39 von 67 ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten.

Nicht stalinistisch

Die Strukturen und Entscheidungsprozesse sind in der PDS ebenso demokratisch – oder undemokratisch, wenn man die in

allen Parteien vorhandenen Kungelkreise einbezieht – wie in den etablierten Parteien. Arbeitsgemeinschaften und politische Strömungen haben in der PDS mehr Mitwirkungs-Rechte als zum Beispiel in der SPD.

Die in der PDS verbliebenen ehemaligen SED-Mitglieder waren und sind überwiegend ehrliche Sozialisten. Leider ist in der PDS das Festhalten an sozialistischen Ideen und die Verteidigung der positiven Seiten der DDR oft mit unkritischer DDR-Nostalgie und Überresten stalinistischer Ideologie verbunden.

Die Unklarheit darüber, daß in der DDR nicht der Sozialismus sondern der Stalinismus gescheitert ist, ist ein Punkt zur Diskussion in der PDS und der gesamten Linken. Das gibt aber keinem das Recht zur Verteufelung der PDS als stalinistisch, schon gar nicht SPD-Funktionären, die mit der alten SED durchaus keine Berührungspunkte hatten, sondern in trauter Runde ganze Dokumente fabriziert haben, wie das SED/SPD-Papier.

Programm und Politik der PDS sind auch nicht besonders erschreckend für die Unternehmer. In Sachen Anti-Kapitalismus waren die Juso-Programme der 70er Jahre wesentlich radikaler als das PDS-Grundsatzprogramm.

Es finden sich viele Positionen darin, die früher einmal von der SPD vertreten wurden. Hier müßte eine kritische Auseinandersetzung ansetzen: Welche Durchsetzungsstrategie hat die PDS für ihren Reformkatalog? Wie will sie vermeiden, denselben Weg der Anpassung an kapitalistische Sachzwänge zu gehen wie vor ihr die SPD oder die Grünen? (siehe auch Artikel Seite 4,5)

Aus der Nähe betrachtet ist die PDS nicht zuviel, sondern zuwenig „Bürgerschreck“.

Wahlprognosen

Alles schon vorbei?

Die Herrschenden wünschen sich eine Fortsetzung der jetzigen Regierungskoalition. Dementsprechend gehorchen auch die bürgerlichen Medien, allen voran Kohls Haus- und Hofsender SAT 1. Auch mit den Umfrage-Ergebnissen wird gezielt Stimmung gemacht.

Die meisten Umfragen geben den Regierungsparteien einen Vorsprung vor rot-grün. Aber sie stellen selten klar, daß die PDS mit großer Wahrscheinlichkeit wieder in den Bundestag einziehen wird.

Wenn eine Partei in drei Wahlkreisen die Mehrheit gewinnt, dann ist sie auch dann im Bundestag vertreten, wenn sie bundesweit unter 5 Prozent liegt. Mit vier Prozent der Stimmen

und drei Direktmandaten würden 28 PDS-Abgeordnete in den Bundestag einziehen.

Die PDS hat im Osten nicht nur in drei, sondern in rund einem Dutzend Wahlkreisen gute Chancen, ihre Kandidaten durchzubringen und ist daher mit großer Wahrscheinlichkeit wieder im Bundestag vertreten. Das bedeutet: Auch im Westen ist keine Stimme für die PDS verschenkt!

Außerdem erwähnen die Umfragen selten, daß zwischen 28-30 Prozent der Wähler noch nicht wissen, was sie wählen sollen. Wir dürfen uns nicht von den Umfragen und der bürgerlichen Stimmungsmache ins Bockshorn jagen lassen. Eine linke Mehrheit kann erkämpft und genutzt werden.

In eigener Sache

Diese Ausgabe der VORAN hat nur acht Seiten. Wegen unserer angespannten Finanzlage und Problemen mit der Zeitplanung haben wir in der Redaktion entschieden, diese Ausgabe für die Wahlkampfzeit lieber schneller herauszubringen.

Einige ursprünglich geplanten Artikel werden in der nächsten VORAN erscheinen, so ein Augenzeugenbericht vom Zapatisten-Kongreß in Mexiko, ein Bericht über den Wahlkampf unserer schwedischen Schwesterorganisation, Arbeiterbund OFFENSIV, und Hintergründe zur Weltbevölkerungskonferenz. Die nächste VORAN erscheint am 31. Oktober.

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604,
Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

1300 Jugendliche aus 18 Ländern beim Anti-Nazi-Camp von JRE

Polit-Woodstock im Frankenland

Vom 3. bis zum 20. August fand in Reinwarzhofen bei Nürnberg das erste internationale Anti-Nazi-Camp von Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE statt. Dort kamen über 1300 Jugendliche aus 18 Ländern Europas zusammen, davon 850 aus Deutschland.

Claus Ludwig, Angela Bankert, Köln

Viele Besucher waren sehr jung und zum erstenmal bei einer größeren politischen Veranstaltung. Neben tollen Konzerten – Fundamental und Slime als Top-Acts – und kalten Nächten bot das Camp ein volles politisches Programm.

Für die SAV und die anderen Sektionen des Komitees für eine Arbeiterinternationale – KAI aus Europa war das Camp das wichtigste politische Ereignis im Sommer, denn nirgendwo sonst wurde so engagiert diskutiert, kamen so viele linke Jugendliche zusammen.

Debatte mit der PDS

Eine der interessantesten und bestbesuchten Veranstaltungen war die Podiumsdiskussion mit Vertretern von PDS und Militant Labour, der britischen Schwesterorganisation der SAV. Die Zuhörer warteten gespannt auf eine Diskussion über Vorstellungen und Wege zum Sozialismus. Wolfgang Gehrke, stellvertretender Vorsitzender der PDS hatte jedoch nur relativ düstere Visionen zu bieten. Es gebe eine „konservative Hegemonie“ und einen „Rechtsruck in der Gesellschaft“, der Kampf bestehe auf absehbare Zeit darin, diese Entwicklung aufzuhalten. Man müsse „realistisch sein“ und das Machbare anpacken, schließlich stehe „die Weltrevolution nicht vor der Tür“ und klopfe auch „keine mächtige sozialistische Bewegung in Bonn an“.

Letzteres wurde von Francis Curran, Vorstandsmitglied von Militant Labour, sowie SAV-Rednern in der Diskussion nicht

bestritten. Aber die Frage sei, wie denn eine starke sozialistische Bewegung aufgebaut werden kann und wo die Ansatzpunkte sind.

Sie verwiesen auf die massive Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen sowie den etablierten Parteien, die aufgegriffen und in kämpferische Bewegungen umgesetzt werden muß. Als Beispiel wurde die Massenbewegung gegen die von Thatcher eingeführte Kopfsteuer genannt, die Militant Labour vor ein paar Jahren angeführt hatte, indem sie zu einem – illegalen – Steuerboykott aufrief, diesen organisierte und auch Gefängnisstrafen in Kauf nahm.

Die Bewegung umfaßte sowohl die verarmten Schichten der Bevölkerung als auch Arbeitende und sogenannte Besserverdienende. 13 Millionen verweigerten die Steuerzahlung, weil sie nicht zahlen konnten oder wollten. Die Aktivisten dieser Bewegung zogen auch sozialistische Schlußfolgerungen aus ihren Erfahrungen und Militant Labour konnte in den Hochburgen der Bewegung später beachtliche Wahlerfolge für ihre Kandidaten erzielen.

„Warum konnte die PDS nicht einen Mietboykott organisieren, als in Ostdeutschland auf einen Schlag die Mieten erhöht wurden, statt nur Mieterberatung zu machen?“ wurden die PDS-Vertreter aus dem Publikum gefragt.

Wolfgang Gehrke wies darauf hin, daß die PDS eine kleine Partei sei und es ein Bündnis aller anderen Parteien gegen die



300 Leute besuchten die Veranstaltung des Komitees für eine Arbeiterinternationale

PDS gebe. Francis erwiderte, daß ML noch viel schwächer und ohne Parlamentsvertretung war, als sie Millionen in den Kampf gegen die Kopfsteuer führte. Es wäre verwunderlich, wenn es kein Bündnis aller anderen Kräfte gegen Sozialisten gäbe, die Aufgabe sei gerade, ein Bündnis mit der Arbeiterklasse gegen die bürgerlichen Kräfte zu schließen. Sie wünschte der PDS für die Zukunft Erfolg und „vielleicht ein bißchen mehr Vertrauen in die

Arbeiterklasse“. Viele Jugendliche hatten radikalere Aussagen von der PDS erwartet und waren relativ enttäuscht. Einer kam an den SAV-Infostand und meinte: „Ich muß wohl doch in die SAV eintreten. Die PDS bringt es ja leider nicht.“

Selbstgemacht!

Das Camp konnte durch Teilnehmerbeiträge und ein enormes Engagement von JRE-Mitgliedern fast selbst finanziert werden – davon träumen langjähri-

schistische Späher mit Nachtsichtgeräten und Taschenlampen um das Camp herum. Doch durch den Ordnerdienst, für den sich viele die Nächte um die Ohren schlugen, konnten die Nazis auf gebührende Distanz gehalten werden.

Die organisatorische Kraftanstrengung des Camps war nur möglich, weil die JRE-Mitglieder von der politischen Wichtigkeit einer internationalen antifaschistischen Organisation überzeugt sind.

Den Erfolg des Camps gilt es jetzt, in den Aufbau weiterer Gruppen umzusetzen. Es waren Interessenten aus 30 Orten anwesend.

Kampagnen sowohl gegen Nazi-Gruppen – die offen terroristischen Gruppen werden sich nach der zu erwartenden REP/DVU-Wahlschlappe stärker als Alternative anbieten – als auch gegen Wohnungsnot und Jugendarbeitslosigkeit gehören jetzt auf die Tagesordnung. Dafür werden auch SAV-Mitglieder bei JRE mit voller Kraft arbeiten. ■

Daß eine so junge Organisation wie JRE in so kurzer Zeit dieses Camp organisiert hat, ist ein Riesenerfolg

Daß eine so junge Organisation...

... wie JRE in so kurzer Zeit dieses Camp organisiert hat, ist ein Riesenerfolg

Sozialistische Alternative VORAN

Veranstaltungen und Gruppentreffen

Rostock

Infos über Ort und Termin bei der SAV-Bundeszentrale

Berlin

Infos über Ort und Termin bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

Montags, (26. 9., 3. 10., 10. 10.), 19 Uhr, FZH Lehe-Treff, Eupener Str. 3
Infos über Themen unter: 04 71 / 20 09 92

Lübeck

Infos über Ort und Termin bei der SAV-Bundeszentrale

Kassel

Ortsgruppe West: freitags, 18 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Str. 175 (Gegenüber der Stadthalle)
Ortsgruppe Nord-Ost: freitags, 20 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
Ortsgruppe Mitte: freitags, 18 Uhr, KIK Spohrstr. 6 (außer 29. 9.)
Ortsgruppe Wehlheiden: sonntags, 18 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter: 05 61 / 1 64 91

Köln

Dienstags, 20. 9., 19.30 Uhr, „Kriminalität – Propaganda und Fakten“, 27. 9. 18.30 Uhr, „Wohnungsnot“, Montag, 3. 10., 18.30 Uhr, „Gegen Nazis, das Übel an der Wurzel packen“, Dienstag 11. 10., 18.30 Uhr, „Linksfront, aber richtig“, 18. 10., 18.30 Uhr, „Wie weiter nach den

Wahlen“. Jeweils im Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Melchiorstr. 3 (Nähe U-Bahn Ebertplatz)
Infos unter: 02 21 / 13 45 04

Aachen

26. 9. „Gleiche Rechte für Frauen“, 19.30 Uhr, „Mönchseck“, Adalbert-Stein-Weg 91
4. 10. „Linksfront – aber richtig!“, 19 Uhr, Altes Zollhaus, Friedlandstr. 22
11. 10.: „Warum Kriminalität und wie bekämpfen?“
29. 10.: „Wie weiter nach den Wahlen?“
jeweils 19 Uhr im Che-Haus, Pontstr. 41
Infos unter: 02 41 / 50 86 85

Siegen

Infos über Ort und Termin bei der SAV-Bundeszentrale

Frankfurt/Main

Freitags, 18 Uhr, 23. 9.: Wohnungsnot. 30. 9.: Kampf gegen Rassismus und Faschismus (im Studentenhaus über dem KOZ, Universitäts-Gelände)
7. 10.: Kriminalität und „Innere Sicherheit“, 14. 10.: Aktion vor der Wahl, 21. 10.: Wie weiter nach der Wahl? (im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5)
Infos unter: 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart

Infos über Ort und Termin bei der SAV-Bundeszentrale oder unter: 07 11 / 2 23 82 14

Freiburg

jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, 29. 9.: Wohin treibt die BRD? Infos über Ort und weitere Termine unter: 0 76 63 / 45 29



Neue Broschüre der SAV!

„Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung“ behandelt die wichtigsten Ereignisse von der Gründung der SPD bis zur Revolution in der DDR. Format A4, 52 Seiten.

Preis 4,50 DM plus 1,50 DM Porto.

Zu beziehen bei: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Kampffonds

Im 3. Quartal wurden bisher 40 Prozent des Ziels erreicht. In der heißen Wahlkampfphase muß mit voller Kraft gearbeitet werden, um die fehlenden 17 000 DM reinzuholen.

Die finanzielle Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Produktion von Faltblättern und die Neuaufgabe der Broschüre zur Geschichte der Arbeiterbewegung haben viel Geld gekostet, bringen aber auch die Gelegen-

heit, mehr Verkaufserlöse und Spenden hereinzuholen.

Auf dem JRE-Sommer-Camp konnten wir 1557 DM einnehmen, hauptsächlich über die Broschüren zur Arbeiterbewegung.

In Rostock erreichten wenige Genossen im August das Ziel von 250 DM durch Button-Verkauf und Sammlungen, auf dem Bizarre-Festival in Köln holten drei SAVler 867 DM rein.

Jetzt müssen alle Orte mit vollem Infostand-Gepäck bei Wahlveranstaltungen – Gysi, Scharping usw. – auftauchen, wenn der Kanzler kommt, können wir unter den zahlreichen Gegnern Spenden sammeln und wo wir gegen die Faschisten mobilisieren – wie gegen den Kölner Deutsche Liga-Parteitag – läßt sich politische Sympathie auch in finanzielle Unterstützung ummünzen. ■

2. Quartal 94	erreicht DM	% des Ziels	Ziel DM
Schleswig Holstein	0	0%	450
Bremen	63	5%	1200
Mecklenburg-Vorpommern	495	66%	750
Berlin	825	15%	5400
Nordrhein-Westfalen	4107	40%	10200
Hessen	2466	41%	6060
Baden-Württemberg	2105	48%	4350
Sonstiges	1861		1590
Gesamt	11 922	40%	30 000

Ich möchte ...

- weitere Infos über Eure Arbeit.
- Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden ... wir bringen Dich mit der nächstgelegenen Ortsgruppe in Verbindung.

Name, Anschrift, Telefon

Abschnitt schicken an: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Telefon: 02 21 / 13 45 05 Fax: 02 21 / 13 72 80

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Nordirland

Hält der Friede?

Die IRA hat Anfang September einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Nachdem dieser offenbar hält, sind weitere Veränderungen wahrscheinlich.

Peter Hadden, Militant Labour, Belfast

Die Briten werden wahrscheinlich zulassen, daß die Auflösung der Verbindung mit Großbritannien möglich wird, wenn eine Mehrheit der nordirischen Bevölkerung dies will.

Im Gegenzug wird die Regierung Südirlands wahrscheinlich die Verfassung ändern und ihren bisherigen Gebietsanspruch auf Nordirland aufgeben.

Es gäbe dann Schritte zu einem nordirischen Parlament mit einer Form von geteilter Macht zwischen den Unionisten (Vertreter des protestantischen Teils der Bevölkerung, die bei Großbritannien bleiben wollen) und den Nationalisten (Vertreter des katholischen Teils der Bevölkerung, die das Ende der britischen Herrschaft und die Vereinigung mit Südirland anstreben).

Die Freilassung einiger Gefangener und eine Reduzierung der Armeepresenz in katholischen Gebieten sowie die Einbeziehung von Sinn Fein (politisch-parlamentarischer Arm der IRA) sind ebenfalls zu erwarten.

Sackgasse für beide Seiten

Seit 25 Jahren muß sich die britische Regierung mit dem Widerstand der katholischen Arbeiterviertel herumschlagen. Eine Rückkehr zu alten Tagen, als Katholiken Bürger zweiter Klasse waren, ist unmöglich.

Die britische herrschende Klasse hat erkannt, daß sie die IRA nicht endgültig besiegen

kann. Deshalb hat sie die Strategie, die IRA-Führer in den politischen Prozeß einzubeziehen. Diese könnten schon bald der Regelung zustimmen, daß nur eine Mehrheit der Bevölkerung in Nordirland eine Vereinigung mit Südirland erreichen kann.

Diese Position hätte noch vor wenigen Jahren als Zustimmung zur Teilung gegolten, denn die Katholiken werden auf absehbare Zeit eine Minderheit der Bevölkerung bleiben.

Die militärische Kampagne der IRA war in der Sackgasse. Sie hätte unendlich fortgesetzt werden können, aber wie *Militant* schon vor 20 Jahren erklärte, ohne Aussicht auf Erfolg. Individueller Terror kann weder die britische Armee besiegen noch den Staat stürzen.

Für die Mehrheit der Arbeiterklasse, katholisch oder protestantisch, ist das Ende der IRA-

Kampagne eine Erleichterung und es gibt eine massive Stimmung für Frieden.

Dies wird großen Druck sowohl auf kleinere republikanischen Gruppen als auch auf die protestantischen paramilitärischen Einheiten ausüben, falls diese versuchen, die Terrorkampagne weiterzuführen. Es ist möglich, daß für eine Zeit die Zahl der Anschläge und Morde zurückgeht.

Einheit der arbeitenden Menschen

Aber selbst ein beidseitiger Waffenstillstand wäre keine Lösung. Die Spaltung zwischen protestantischen und katholischen Arbeitern ist heute tiefer als vor 20 Jahren. Die Hoffnungen der Katholiken auf grundlegende Verbesserungen sozialen Lage werden enttäuscht werden.

Radio Ulster des BBC hat einen Mann auf der Shankill Road in Belfast befragt. Er sagte: „Es macht keinen Sinn, die Politiker zusammenzubringen. Einfache Leute müssen eine Lösung erreichen.“

Einheit der Politiker, die für sektiererische Spaltung stehen, ist auf der Grundlage einer polarisierten Gesellschaft und der Armut das Rezept für ein Bosnien oder einen Libanon – wenn erst einmal der brüchige Kompromiß zusammenbricht.

Die wirkliche Antwort ist Einheit der Arbeiterklasse gegen die gemeinsamen Feinde – Armut, Arbeitslosigkeit, Sektierertum – und für eine sozialistische Lösung. Die Arbeiterklasse ist potentiell die stärkste Kraft in Nordirland. Jetzt könnte es eine Gelegenheit für die Schaffung einer gemeinsamen Bewegung der Arbeiter geben. ■



Trotz britischen Besatzungstruppen konnte der Widerstand der katholischen Bevölkerung in 25 Jahren nicht gebrochen werden.

Kuba vor dem Abgrund

Jahrzehntlang wurden Flüchtlinge aus Kuba als „Opfer des Kommunismus“ willkommen geheißen. Seitdem Castro die Grenze geöffnet hat, erklärte Clinton, das „Land of the Free“ für ausgebucht und zwang Castro, die Strände abzuriegeln.

Martin, Kassel

Die Medien bringen immer wieder Berichte über die Armut durch den „Sozialismus“ in Kuba, verschweigen allerdings, daß die Wirtschaftsblockade der USA der Hauptgrund für die Armut ist.

Die Propaganda soll beweisen, daß der Sozialismus nicht nicht funktionieren würde und die Armen in Lateinamerika davon abschrecken, gegen die Herrschaft des US-Imperialismus zu kämpfen. Wenn aber das Leben auf der Insel ohne Marktwirtschaft so schlimm ist, wovor hatten dann die Regierenden des reichsten und mächtigsten Landes der Welt jahrzehntlang Angst? Davon, daß dieses Beispiel in Ihrem Hinterhof Schule macht! Denn seit dem Sieg der Revolution 1959 war die Insel ein Vorbild für die ArbeiterInnen und Bauern in ganz Lateinamerika.

Nach den Verstaatlichungen der großen Zuckerkonzerne gelang es, ein für ein Entwicklungsland vorbildliches soziales Netz aufzubauen. Der Vergleich zwischen dem Lebensstandard auf der Karibik-Insel und den

USA ist natürlich Unsinn. Realistisch wäre es, den Lebensstandard vor der Revolution mit dem heute zu vergleichen. Vor der Revolution gab es soviel Armut und Elend, daß das Bild von Prostitution, Kriminalität und Korruption geprägt wurde.

Das Analphabetentum wurde schon in den ersten Jahren nach der Revolution erfolgreich bekämpft. Auf der Grundlage einer geplanten Wirtschaft gelang es, der Bevölkerung Wohnen, Telefon, Busse, Schulen und ärztliche Versorgung zum Nulltarif zu garantieren. Selbst in der jetzigen Krise hat Kuba immer noch die niedrigste Kindersterblichkeit und die höchste Lebenserwartung aller Entwicklungsländer!

US-Blockade

Kuba ist jedoch seit dem Sieg der Revolution einer Blockade der USA ausgesetzt, die 1961 sogar versuchten, die alten, ihnen hörigen Machthaber mit Hilfe einer gemieteten Söldnerbande und der CIA wieder an die Macht zu bringen.

Durch das Handelsembargo der USA und das Scheitern weiterer revolutionärer Bewegungen in Lateinamerika war Kuba gezwungen, die wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion anzunehmen, die zeitweilig ein Fünftel des Sozialprodukts bestritt.

Die so entstandene Abhängigkeit zur Sowjetunion führte auch

zu einer Übernahme ähnlicher politischer und wirtschaftlicher Strukturen. Die Führung um Castro, die nicht durch eine Massenbewegung der ArbeiterInnen, sondern durch einen Guerilla-Kampf an die Macht gekommen war, verfestigte sich als abgehobene, bürokratische Schicht in der Gesellschaft.

Zwei Wege, ein Abgrund

Zum Verhängnis wurde die Anbindung an den Ostblock mit dessen Zusammenbruch. Seit 1991 mußte Kuba für das von der Sowjetunion gelieferte Öl den vollen Weltmarktpreis bezahlen. Gleichzeitig war die Sowjetunion nicht mehr bereit, Vorzugspreise für den kubanischen Zucker, das Hauptexportgut der Insel, zu zahlen.

Als Ausweg aus der Krise verkündete Castro die „Option Zero“, die Selbstversorgung der Insel. Desweiteren begann er sich nach neuen Einnahmequellen umzusehen. Er holte kapitalistische Tourismuskonzerne ins Land, erlaubte in begrenztem Umfang „Arbeit auf eigene Rechnung“ sowie den Besitz von Dollars. Dadurch schuf er eine neue Zweiklassengesellschaft von Dollarbesitzenden, die sich auf dem Schwarzmarkt versorgen können und Nichtdollarbesitzenden, die auf das immer geringer werdende Angebot der staatlichen Läden und die Lebensmittelzuteilungen ange-

wiesen sind.

Durch diese Entwicklungen sind die Errungenschaften der Revolution in bedroht. Entweder durch die Unfähigkeit der Bürokratie um Castro, die Wirtschaft weiter zu entwickeln und die Versorgungslage zu verbessern, oder durch den direkten Druck der USA, die weiter mit allen Mitteln daran arbeiten, auf Kuba kapitalistische Verhältnisse herzustellen und eine ihnen genehme Regierung zu installieren.

Dabei schreckten sie nicht davor zurück, ihr Embargo zu verschärfen, um den Druck auf Kuba zu erhöhen. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung wurden weiter verschlechtert und Tausende dazu gebracht, in Nußschalen in den Tod zu fahren.

Eine Alternative und eine Chance, das bisher Erreichte zu erhalten, könnte nur in einer Veränderung des kubanischen Systems hin zu einer sozialistischen Demokratie liegen, in der nicht die Bürokratie, sondern die Arbeiter und Bauern mit Hilfe gewählter Räte die Produktion und die Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen gestalten.

Eine solche Herrschaft der ArbeiterInnen müßten den Kampf der lateinamerikanischen Massen gegen den US-Imperialismus und die Herrschenden im eigenen Land zu unterstützen und so dafür sorgen, daß die Alpträume Clintons Realität werden. ■

Invasion in Haiti

Wenn diese VORAN-Ausgabe erscheint, werden amerikanische Truppen in Haiti einmarschiert sein. Die Invasion wird von Clinton als demokratische Entwicklungshilfe dargestellt, um Haitis Diktatur zu stürzen.

Haiti wurde jahrzehntlang von Diktatoren mit Unterstützung der USA ausgeplündert. Bei der Invasion geht es den USA darum, den Flüchtlingsstrom zu stoppen und die Wiedereinsetzung des gewählten Präsidenten Aristide unter ihrer Kontrolle durchzuführen.

Linksruck in Sri Lanka

Bei den Parlamentswahlen am 16. August hat die Volksallianz (PA) 49 Prozent der Stimmen erhalten. Die 17jährige halb-diktatorische Herrschaft der UNP hatte über 100 000 Menschenleben gekostet, Tamlinen und Singhalesen, getötet in vielen Pogromen oder im Bürgerkrieg.

Die UNP versuchte über eine Ausgangssperre die Lage zu kontrollieren, doch die Massen handelten selbst: Arbeiter im öffentlichen Verkehr entfernten in den ersten Tagen alle Firmenschilder der privatisierten Transportfirmen und brachten die Namen aus der Zeit vor der Privatisierung wieder an, obwohl der neue Transportminister verbreitete, es wäre noch keine Entscheidung über eine Re-Nationalisierung gefallen.

Einige repressive Gesetze

Nigeria: Diktatur übersteht den Streik der Ölarbeiter

Nach neun Wochen haben Hunderttausende Ölarbeiter ihren Streik gegen die Militärdiktatur beendet, ohne daß ihre Hauptforderung nach Freilassung des Oppositionsführers Abiola erfüllt wurde. Die Militärs hatten ihn nach seinem Sieg in den Präsidentschaftswahlen verhaftet und die Wahlen kurzerhand für ungültig erklärt.

Der Gewerkschaftsdachverband NLC hatte bereits Anfang August einen zweitägigen Generalstreik ausgerufen, aber die Ölarbeiter weigerten sich, danach wieder an die Arbeit zu gehen.

Die Militärs erklärten darauf die Führer der NLC und der



ren. Diese Wiederherstellung der Ruhe dient den Profit- und Machtinteressen der USA und soll einem Aufstand in Haiti vorbeugen. Die USA planen selbst dann den Einmarsch, falls die Diktatoren noch zurücktreten sollten.

Mit diesem außenpolitischen Abenteuer will Clinton von innenpolitischen Problemen ablenken.

werden jetzt abgeschafft und ein Friedensvertrag mit den tamilischen Rebellen ist möglich. Doch die PA wird von einer bürgerlichen Partei angeführt, die linke LSSP und die CP (kommunistische Partei) nehmen an der Regierung teil, ohne Maßnahmen gegen die brutale Herrschaft des freien Marktes und der Privatisierung zu fordern.

Die *Marxistische Arbeiterbewegung*, die Schwesterorganisation der SAV, hat einen Wahlsieg der PA unterstützt und verlangt jetzt, daß alle Reformversprechungen umgesetzt werden. Die Vertreter der LSSP und CP in der Regierung müssen diese Reformen sicherstellen. Jetzt besteht die Chance, zu ihrer Durchsetzung die Arbeiterbewegung neu aufzubauen und zu mobilisieren.

Ölgewerkschaft für abgesetzt, ohne daß die Führungen entschieden protestierten. In der Bevölkerung wuchs dadurch die Verunsicherung, ob diese Auseinandersetzung jetzt gewonnen werden könnte.

Die Niederlage der Ölarbeiter bedeutet keineswegs eine längerfristige Stabilisierung der unpopulären Diktatur. Die Schwesterorganisation von SAV, *Nigerian Labour Militant*, und andere Gewerkschaftsaktivisten haben jetzt die „Kampagne für unabhängige Gewerkschaften“ gegründet, um die staatliche Kontrolle der Gewerkschaften zu bekämpfen.

Weltbevölkerungskonferenz

In Kairo ist gerade die Weltbevölkerungskonferenz zu Ende gegangen, die über Wege zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums diskutierte. Paradoxe Weise wächst die Bevölkerung am schnellsten in den Teilen der Erde, wo bereits jetzt Millionen Menschenleben durch Nahrungs- und Trinkwassermangel bedroht sind.

Aus den Medien ist das als Überbevölkerung bekannt. Damit werden die Opfer zu Mitverantwortlichen gestempelt. Mit der Not der Menschen in den unterentwickelten, dichtbevölkerten Ländern wird ein zynisches Spiel getrieben. Das Symptom Überbevölkerung wird zur Ursache eines Problems erklärt, um die wahre Ursache – die ungerechte Verteilung des Reichtums auf der Erde – zu verschleiern.

Wo auf dieser Erde wirtschaftlicher Fortschritt stattfindet, entscheiden die Wirtschaftsbesitzer der reichen Industrienationen. Und die haben sich darauf verständigt, daß der Teufelskreis des

Bevölkerungswachstums durch aktive Geburtenkontrolle geregelt werden soll. Aus diesem Grund durften sich in Kairo religiöse Fundamentalisten mit konservativen Politikern in erster Linie um die richtigen Verhütungsmittel streiten.

Die einzige Lösung dieses Problems ist eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Möglich ist das bereits heute – schon mit den bisher vorhandenen Möglichkeiten lassen sich 10 Milliarden Menschen auf der Erde ernähren. Allerdings können die großen Konzerne mit einer gerechten Verteilung weniger Geld verdienen, als mit Überfluß für wenige Menschen und Mangel für viele Menschen.

Wir werden uns nach der Umweltkonferenz in Rio und der Welternährungskonferenz in Kairo noch auf andere Weltkatastrophenkonferenzen einstellen müssen, die die wahre Ursache für die größten Probleme nicht antasten dürfen, die profitorientierte kapitalistische Wirtschaftsordnung.

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 164 September / Oktober 1994

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



Wahlbetrug!
5 Millionen am Wählen gehindert
Skandal!

Wahlrecht für alle Herkesese seçme hakkı tanınmalıdır

Für 6,5 Millionen Menschen gibt es kein Superwahljahr, sie dürfen weder ihre Kommunalvertretung noch den Bundestag wählen. Sie dürfen zahlen und sich von abgehalfterten Politikern als Sündenböcke benutzen lassen.

Gaetan Kayitare,
Aachen

Verlangt die Regierung wieder einmal einen „Solidaritätszuschlag“ – die türkischen KollegInnen dürfen zahlen, ohne die Regierung dafür zum Teufel jagen zu können. Wird das Arbeitslosengeld gekürzt – die griechischen, (ex-)jugoslawischen oder arabischen Arbeitslosen können sehen, wie sie mit ihrem Geld klarkommen. Hetzen rassistische Politiker gegen Menschen anderer Hautfarbe – Flüchtlinge aus Ghana oder Sri Lanka haben keine Chance, diese Typen abzuwählen.

„No taxation without representation“ – „keine Steuern ohne Wahlrecht“ – mit dieser Parole begann 1776 die bürgerlich-demokratische Revolution in Nordamerika. Die Amerikaner waren es leid, Steuern an die englische Kolonialmacht zu zahlen, ohne mitbestimmen zu können. Wenn heute die in Deutschland arbeitenden AusländerInnen ihre Steuern und Sozialabgaben nicht bezahlen würden, würde das jährliche Einnahmeverluste in Höhe von 25 Milliarden DM zur Folge haben. Das ist jedoch nur Theorie, denn im Gegensatz zu den Unternehmern, die jährlich 130 Milliarden DM an Steuern hinterziehen, ist es für ArbeitnehmerInnen kaum möglich, dem Staat Steuern vorzuenthalten.

Acht Prozent der EinwohnerInnen dieses Landes dürfen nicht wählen. Acht Prozent, auf

die kein Wahlkämpfer Rücksicht nehmen muß, acht Prozent, die ausgenutzt werden können. Dafür, den Sündenbock zu spielen für soziale Probleme, die das Profitsystem verursacht hat. Dafür, die am schlechtest bezahlten Arbeiten zu machen, ohne aufmucken zu können.

Bewußte Spaltung

Die rechtliche Benachteiligung von ImmigrantInnen dient zur Spaltung der Bevölkerung. Das gilt nicht nur für das Wahlrecht. Die Einschränkung politischer Betätigung, die gesetzliche festgeschriebene Diskriminierung

auf dem Arbeitsmarkt, die Gefahr, zum Verlassen des Landes gezwungen werden zu können – all dies dient dazu, einen Keil zwischen ausländische und deutsche ArbeiterInnen und Jugendliche zu treiben.

Nicht nur rassistische Borniertheit ist die Grundlage des deutschen Wahlrechtes, sondern strategische Überlegungen der Unternehmer und ihrer Parteivertreter.

Die in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen sind in erster Linie IndustriearbeiterInnen. In vielen Arbeitskämpfen standen ausländische KollegInnen in der ersten Reihe. Wahl-

recht für Ausländer würde die Arbeiterbewegung und die Linke stärken. Davor hat die CDU Angst.

Wählen ist nicht alles. Alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen, ist keine wirkliche Demokratie. Auch deutsche WählerInnen können weder ihren Ver-

mieter noch den Chef im Betrieb abwählen. Doch ein Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen wäre ein wichtiger Schritt im Kampf gegen rassistische Diskriminierung, für die Einheit der arbeitenden Bevölkerung.

Die SAV tritt daher für das Wahlrecht auf allen Ebenen ein.

Wir fordern von den Gewerkschaften und der SPD, daß sie dafür mobilisieren. Die Einschränkung demokratischer Rechte für eine Personengruppe schwächt die Stellung der gesamten arbeitenden Bevölkerung.



Sie würden Kohl bestimmt nicht wählen

Die SAV kämpft für:

- ★ Wahlrecht für alle in der BRD lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländer-Gesetze
- ★ Gemeinsamen Kampf von deutschen und ausländischen ArbeiterInnen und Jugendlichen für Arbeit und Wohnungen für alle

Bericht vom JRE-Camp

Seite 6

Was spricht dagegen?

„Die wissen überhaupt nicht Bescheid, was hier läuft.“

Selbst Flüchtlinge, die erst wenige Monate oder Jahre in Deutschland sind, wissen oftmals sehr gut Bescheid, denn sie sind mit Terror von rechts und einer Staatsbürokratie konfrontiert, gegen die sie sich wehren müssen. Zudem lebt die Hälfte der AusländerInnen seit über 15 Jahren hier. Jugendliche aus der dritten Generation können ihr Abitur oder Studium mit Auszeichnung abschließen und dürfen immer noch nicht wählen.

Auch viele Deutsche wissen offensichtlich nicht so gut Bescheid. Wie sonst käme jemand auf die Idee, REP oder DVU zu wählen, um dann ganz betroffen zu erfahren, daß dies Nazis seien. Wie sonst käme eine Arbeiterin auf die Idee, Kohl zu wählen?

„Würden die nicht eigene Parteien gründen, etwa islamisch-fundamentalistische?“

... und religiöse Fundamentalisten haben wir in der CDU/CSU genug! Selbst wenn: Dann würden einige kleine Parteien mehr bei der Wahl antreten, besser als deutsche Nazis wären diese allemal.

Ausländische ArbeiterInnen haben kein Interesse, sich von ihren deutschen KollegInnen abzugrenzen. Sie wollen gemeinsam für die gleichen Interessen kämpfen. Bei Betriebsratswahlen kandidieren türkische KollegInnen selten auf eigenen Listen, sondern auf der Liste der DGB-Gewerkschaften, zusammen mit den Deutschen aus ihrem Betriebsteil.

Umfragen selbst des reaktionären Magazins *Focus* zeigen, daß die große Mehrheit der ImmigrantInnen die bestehenden Parteien wählen würde. CDU/CSU und FDP würden allerdings mies abschneiden, SPD und Grüne werden von AusländerInnen stark unterstützt.

DL-Parteitag verhindern!

Am 2. Oktober will die faschistische „Deutsche Liga – DL“ in ihrer Hochburg Köln ihren Bundesparteitag abhalten und damit auch ihren Wahlkampf für den Kölner Rat unterstützen. Durch massive Gegenmobilisierung soll das Nazi-Treffen verhindert werden.

Ein JRE-Mitglied aus Köln

Die DL versucht – offener als die REPs – parlamentarische Arbeit als „respektable Rechte“ mit Zusammenarbeit mit den offen terroristischen Nazi-Gruppen wie der FAP zu verbinden. Großen Erfolg hat sie dabei nicht, denn in Köln hat sie außer reißerischen Presserklärungen wenig erreicht, öffentliche Aktivitäten konnten durch Gegenmobilisierung verhindert werden.

Gewalttätige Neonazis

Obwohl die DL daher lächerlich wirkt und manch einer sie „Operrettenazis“ nennt, darf die Gefährlichkeit dieser Typen nicht unterschätzt werden.

● Von ihrem Parteibüro in Köln griff im Mai ein Haufen Neonazis eine Gruppe türkischer Jugendlicher mit Baseballschlägern an
● Die DL hat Verbindungen zu den Mördern von Solingen. In der Kampfschule, wo die Täter trainierten, waren DL-Mitglieder

führend aktiv. Jugendliche wurden dort vom „DL-Gebietbeauftragten“ Bernd Koch mit „nationalem Infomaterial“ versorgt

● In Cottbus nominierte die DL den „Führer“ der verbotenen „Deutschen Alternative“, Frank Hübner, als Bürgermeisterkandidaten

● Im Landesvorstand der DL Nordrhein-Westfalen sitzen der Nazischläger und Aktivist der verbotenen „Nationalistischen Front“ M. O. Elbing sowie der Ku-Klux-Klan-Aktivist Max Casparly

● Auf der Liste zu den Kölner Kommunalwahlen kandidieren Vertreter der Hauptschläger-Truppe FAP, der Ratskandidat und FAPler Ulrich Klörries war bei den Nazi-Ausschreitungen in Luxemburg anlässlich des Rudolf-Heß-Gedenktages beteiligt

Auf nach Köln am 2. 10.!

Gelingt die Verhinderung des Parteitags am 2. 10. durch die Demo, wird die DL große politische und finanzielle Probleme bekommen, ihr Wiedereinzug in den Kölner Rat ist ohnehin fraglich.

Die Demo beginnt um 10 Uhr am Rudolfplatz (U-Bahn-Haltestelle) in der Kölner Innenstadt

Infotelefon: 02 21 / 81 23 06